



Lehren aus der Kölner Silvesternacht nicht der Parteipolitik opfern

Seit den dramatischen Ereignissen während der Silvesternacht, steht nicht nur die Kölner Polizei bundesweit in der Kritik, sondern auch die bisherige Einwanderungs- und Integrationspolitik in Deutschland. Wie in einem Brennglas haben die massiven sexuellen Übergriffe auf mehr als 200 Frauen auf der Kölner Domtreppe und im Hauptbahnhof die Probleme ans Licht gebracht, vor denen die Gewerkschaft der Polizei in der Vergangenheit immer wieder gewarnt hatte, die aber von der Politik und den Medien lange Zeit zum Tabu erklärt worden waren: Von der ungelösten Frage, wie wir mit dem Teil der Zuwanderer umgehen sollen, die sich in unsere Gesellschaft nicht integrieren wollen, bis hin zur Frage, was wir mit jugendlichen Intensivstraftätern machen sollen, bei denen unsere Präventionskonzepte abprallen, weil sie aus autoritären, von Gewalt geprägten Ländern zu uns gekommen sind, und deshalb weder unsere Polizei, noch unsere Gerichte Ernst nehmen.

Was in Köln in der Silvesternacht passiert ist, ist erst mit einigen Tagen Verzögerung in die Öffentlichkeit gekommen, und dann auch nur scheinungsweise. Das ist nach den massiven sexuellen Übergriffen auf die Frauen die zweite Katastrophe der Silvesternacht, die dem Ansehen der Polizei schweren Schaden zugefügt hat.

Bereits unmittelbar nach Bekanntwerden der Vorfälle in Köln am 4. Januar hatte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert in den Medien sein Mitgefühl gegenüber den misshandelten und gedemütigten Frauen zum Ausdruck gebracht. „Wenn Frauen sexuell belästigt werden, ist das ein

massiver Eingriff in ihre Grundrechte. Das ist unerträglich. Deshalb darf bei der Aufklärung der Übergriffe nichts verschwiegen werden, auch wenn das zu Ergebnissen führen sollte, die politisch unangenehm sind“, sagte Plickert. Immer wieder warnte der GdP-Vorsitzende aber auch davor, die Ereignisse in Köln zu missbrauchen, um die nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge insgesamt als potenzielle Straftäter zu diffamieren.



Foto: picture alliance/dpa

„Wenn es Flüchtlinge gibt, die ein Problem haben, sich in unsere offene Gesellschaft zu integrieren und die Freiheitsrechte anderer Menschen zu respektieren, müssen wir mit aller Härte des Gesetzes gegen sie vorgehen. Aber wir dürfen auch nicht übersehen, dass der Großteil der Menschen zu uns gekommen ist, weil sie in ihren Herkunftsländern ihres Lebens nicht mehr sicher sind“, betonte er.

Trotzdem dauerte es nur wenige Tage, bis sich in der Politik die Stimmen mehrten, die ausschließlich der Polizei die Schuld für den Verlauf der Kölner Silvesternacht zuschieben wollten. Allen voran Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), der

bereits am 5. Januar der Kölner Polizei ein Totalversagen vorgeworfen hat. „So kann Polizei nicht arbeiten“, erklärte de Maizière. Mehr als eine Woche lang kam es daraufhin zu einer bundesweit über alle Medien geführten Debatte über die Details des Kölner Silvestereinsatzes, an deren Ende Kölns Polizeipräsident Wolfgang Albers seinen Hut nehmen musste. Innenminister Ralf Jäger (SPD), dem die Düsseldorfser Oppositionsparteien eine Mitschuld für die Kölner Ereignisse zuweisen wollen, versetzte Albers auch wegen der verheerenden Öffentlichkeitsarbeit der Kölner Polizei am 8. Januar in den einstweiligen Ruhestand. Nur drei Tage später, am 11. Januar, reihte sich auch Jäger in die Reihe der Polizeikritiker ein, in dem er der Kölner Polizei in einer Sondersitzung des Innenausschusses pauschal „ein inakzeptables Bild beim Silvestereinsatz“ bescheinigte. Nur wenige

Tage zuvor hatte Jäger noch Bundesinnenminister de Maizière für dessen Fundamentalkritik an der Polizei massiv kritisiert. Zu erklären ist die Kehrtwende des nordrhein-westfälischen Innenministers vor allem dadurch, dass Jäger inzwischen selbst immer mehr in die Kritik geraten war.

Für die GdP ist die Fundamentalkritik an der Kölner Polizei nicht akzeptabel, da sie alle die 5000 Kölner Kolleginnen und Kollegen trifft, die tagtäglich hervorragende Arbeit für die Innere Sicherheit leisten und das mit 750 000 Überstunden im Jahr. Dass es beim Polizeieinsatz in der Kölner Silvesternacht Fehler gegeben

→ Seite 2



hat, steht auch für die GdP fest. Sie müssen aufgearbeitet und abgestellt werden. In zahlreichen Interviews erinnert der GdP-Vorsitzende aber auch daran, dass die Polizei in der Kölner Silvesternacht an ihre Grenzen gestoßen ist. „Es ist auch für die Polizisten

schwer zu verarbeiten, dass es vor ihren Augen zu massiven Übergriffen gekommen ist, ohne dass sie den betroffenen Frauen helfen konnten“, erklärte Plickert. Zudem erinnerte er daran, dass für niemanden vorhersehbar war, dass es aus einer Gruppe von

mehr als tausend Heranwachsenden und jungen Erwachsenen heraus miten in einer deutschen Großstadt zu derart massiven Übergriffen auf die Frauen kommen würde. „Das war weder für die Polizei noch für deren Kritiker vorher erkennbar“, sagte er.

Flüchtlinge müssen auch so genannt werden

Die Kritik am Silvestereinsatz der Kölner Polizei rührt auch daher, dass das Kölner Polizeipräsidium lange gebraucht hat, um zu bestätigen, dass sich unter den Störern auf dem Bahnhofplatz auch zahlreiche Flüchtlinge befinden, die zum Teil sogar erst seit Kurzem in Deutschland sind. Grund dieser zögerlichen Öffentlichkeitsarbeit der Kölner Polizei war eine Vorgabe des Presseerlasses des Innenministeriums, dass die Zugehörigkeit eines Tatverdächtigen zu einer Minderheit nur dann genannt werden soll, wenn das für das Verständnis eines Sachverhalts erforderlich ist. Vergleichbare Vor-

gaben gibt es in allen Bundesländern. Dadurch soll verhindert werden, dass Presseveröffentlichungen der Polizei für rassistische Zwecke missbraucht werden.

Die GdP hat die zurückhaltende Pressepolitik der Kölner Polizei von Anfang an kritisiert. „Wenn sichergestellt ist, dass sich unter den Personen, von denen die Polizei die Personalien feststellen konnte, auch welche mit einem vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ausgestellten Ausweis befanden, muss die Polizei das der Öffentlichkeit auch sagen“, hatte GdP-Landesvorsitzender Arnold

Plickert wiederholt gefordert. „Der Polizei wird oft vorgeworfen, dass sie auf dem rechten Auge blind sei. Von der anderen Seite heißt es, die Polizei sei rassistisch. Der NSU-Ausschuss unterstellt der Polizei pauschal eine fehlende interkulturelle Kompetenz. Wenn ich diese drei Extreme sehe, wundere ich mich nicht, dass eine Organisation versucht, diese Vorwürfe dadurch zu umgehen, dass sie ihren Sprachgebrauch anpasst“, sagte Plickert gegenüber der Nachrichtenagentur dpa. „Das verwässert aber die Aussagekraft der Polizeistatistik“, kritisiert der GdP-Vorsitzende.

Wenn sich Köln nicht wiederholen soll, muss die Politik handeln



Die massiven sexuellen Übergriffe auf die Frauen in der Kölner Silvesternacht waren keine spontane Tat, sondern von den Tätern vorbereitet. Dass sich junge Männer in großen Gruppen treffen, um gemeinsam Frauen anzugreifen und sexuell zu missbrauchen, hat es in Deutschland bislang nicht gegeben. Diese Form der brutalen sexuellen Erniedrigung, die die Frauen schutzlos ihren Peinigern aussetzt, kennen wir bislang nur aus dem Arabischen Frühling. Aus Fernsehbildern von den brutalen Angriffen auf Frauen auf dem Kairoer Tahrir-Platz. Mit der Flüchtlingswelle scheint diese Form des sexuellen Missbrauchs von Frauen auch nach Deutschland gekommen zu sein. Denn nicht nur in Köln, sondern auch in Düsseldorf, Bielefeld und Hamburg ist es in der Silvesternacht zu ähnlichen Übergriffen auf Frauen gekommen. Auch diese Taten sind erst Tage später bekannt geworden.

Das ist die erschreckende Erkenntnis der Kölner Silvesternacht. Wenn sich diese Nacht nicht wiederholen soll, muss die Politik handeln. Sie muss Antworten auf die Frage finden, warum junge Menschen, die als Flüchtlinge zu uns gekommen sind, weil sie in ihrem eigenen Land verfolgt werden, nicht bereit sind, die hier lebenden Frauen, ihre Würde und ihr Recht auf sexuelle

Selbstbestimmung zu respektieren. Die Antwort auf diese Frage muss die Politik schnell finden. Und sie muss entscheiden, wie sie diejenigen unter den Zuwanderern, die die Rechte der Frauen nicht akzeptieren, umgehend in ihre Herkunftsländer abschieben kann. Wenn die Politik Antworten auf diese Fragen verweigert, lässt sie nicht nur die Frauen schutzlos gegenüber den Tätern, sondern sie schadet auch der großen Mehrheit der Flüchtlinge, die unseren Schutz vor Verfolgung brauchen. Sie fügt unserer Demokratie damit einen massiven Schaden zu.

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender



Maike Neumann und Phil Ackers sind die neuen Gesichter der Kampagne „Auch Mensch“

2011 hat die Junge Gruppe der GdP die Kampagne „Auch Mensch“ ins Leben gerufen. Auslöser war der enorme Anstieg von Gewalt gegen die Polizistinnen und Polizisten. Mit der Kampagne will die Junge Gruppe zeigen, dass hinter jeder Uniform auch ein ganz normaler Mensch steckt. Mit eigenen Zukunftswünschen und Visionen. Und dem Recht, während des Dienstes nicht ständig attackiert zu werden.

Die Kampagne ist in der Öffentlichkeit auf viel Resonanz gestoßen. Trotzdem ist ihr Anlass heute aktueller denn je. Deshalb hat sich die Junge Gruppe NRW auf der letzten Bundesjugendkonferenz dafür stark gemacht, dass „Auch Mensch“ neu aufgelegt und auf breitere Füße gestellt wird. Am 28. Dezember vergangenen Jahres war der Start der neuen bundesweiten Kampagnen-Welle von „Auch Mensch“ – unter aktiver Beteiligung der Jungen Gruppe NRW. Denn zwei junge GdP-Mitglieder aus Köln geben der Kampagne in diesem Jahr ihr Gesicht: Maike Neumann, die Vorsitzende der Jungen

Gruppe in Köln, und ihr Kollege Phil Ackers.

Was bewegt eine junge Polizistin und einen jungen Polizisten dazu, bei der Aktion mitzuwirken? Maike Neumann fand die Idee der Kampagne von Anfang an toll. „Wenn ich privat rumlaufe, pöbelt mich niemand an. Kaum trage ich eine Uniform, werde ich häufig respektlos behandelt. Die Kampagne zeigt

auf, dass wir mit und ohne Uniform ein und dieselbe Person sind“, sagt sie. Phil Ackers findet es besonders wichtig, den Bürgern klarzumachen, dass hinter jeder Uniform ein ganz normaler Mensch steckt, ein Nachbar, ein Freund, ein Vater. „Die Polizei muss



immer den Menschen hinter der Tat sehen und ihr Handeln an der Verhältnismäßigkeit ausrichten. Das wird von einem guten Polizisten erwartet“, sagt er. „Wenn das auch anders herum gelten

würde, wäre das ein großer Schritt.“

Für Maike Neumann und Phil Ackers ist es von großer Bedeutung, der Kampagne ein Gesicht zu geben. Wenn sie einen Wunsch frei hätten, dann den, dass Justiz und Politik mehr hinter der Polizei stehen würden.

Landesregierung nimmt Forderung nach Kostenbeteiligung zurück

Die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wird in NRW zum 1. Juli 2016 wiederhergestellt, ohne dass die Polizistinnen und Polizisten durch Kürzungen an einer anderen Stelle an der Finanzierung der Kosten beteiligt werden. Das geht aus dem Landeshaushalt für 2016 hervor, den der Landtag in einer seiner letzten Sitzungen vor dem Jahresende 2015 beschlossen hat. Damit sind die langjährigen Bemühungen der GdP zur Wiederherstellung der bereits 2008 ersatzlos gestrichenen Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei- und Feuerwehrzulage von Erfolg gekrönt. Die Altersbezüge der Polizistinnen und Polizisten steigen dadurch um 91,40 Euro im Monat.

Strittig war zum Schluss nur noch die Frage, ob die Polizisten durch den Wegfall des Kleidergeldes an der Finanzierung der Kosten beteiligt werden sollen. In den Verhandlungen mit den Gewerkschaften über die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage hatte die Landesregierung das immer wieder gefordert. In einem Schreiben vom 13. Juli 2015 an den GdP-Landesvorsitzenden Arnold Plickert stellt Staatssekretär Bernhard Nebe dazu ausdrücklich fest: „Die Ministerpräsidentin (hat) festgelegt, dass für die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit im Rahmen der Dienstrechts-

modernisierung (...) eine Kompensation von insgesamt fünf Millionen Euro erbracht werden soll“. Ursprünglich hatte die Landesregierung sogar sechs Millionen Euro gefordert.

In Verhandlungen mit der Landesregierung, die der GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert im Namen des DGB und des Deutschen Beamtenbundes geführt hat, konnte dieser Betrag zunächst auf 3,6 Millionen Euro reduziert werden. Dass die Kostenbeteiligung der Polizistinnen und Polizisten am Ende ganz gestrichen worden ist, ist einer Intervention der SPD-Fraktion zu verdanken, insbesondere

des Fraktionsvorsitzenden Norbert Römer und des Innenexperten Thomas Stotko. Vorangegangen sind dieser Entscheidung zahlreiche Gespräche, die u. a. der GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert mit den Spitzenvertretern der SPD-Fraktion geführt hat. Gleich gelagerte Gespräche wurden auch vonseiten der DPoIG und des BDK geführt. Am Ende waren die Gespräche von Erfolg gekrönt. NRW wird deshalb ab Mitte nächsten Jahres nach Bayern das einzige Bundesland sein, in dem die bereits 2008 gekippte Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wiederhergestellt worden ist.



Wir schaffen das! Mit Dir. Deine Gewerkschaft.

Vom 6. bis 9. Juni werden bei der Polizei die Personalräte für die kommenden vier Jahre gewählt. Zur Wahl stehen nicht nur die Kandidatinnen und Kandidaten für die Personalräte in den 47 Kreispolizei- und den drei Landesoberbehörden, sondern auch für den Hauptpersonalrat der Polizei im Düsseldorfer Innenministerium. Die GdP tritt bei den Personalratswahlen 2016 unter dem Motto „Wir schaffen das! Mit dir. Deine Gewerkschaft.“ an. Mit diesem Motto setzt die GdP ein deutliches Zeichen, dass es bei den Personalratswahlen 2016 auf jede Stimme ankommt. Denn nur starke Personalräte können mit der Behördenleitung auf Augenhöhe verhandeln. Nur starke Personalräte können dafür sorgen, dass die Interessen der Beschäftigten nicht unter die Räder kommen. Damit dieser Anspruch kein leeres Versprechen bleibt, hat der Beirat der GdP am 19. Januar – kurz nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe – über die Ziele und Arbeitsschwerpunkte der Personalräte für die kommenden vier Jahre beraten und bereits die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der GdP für den Hauptpersonalrat der Polizei nominiert.

Ein starker Personalrat. Gut für Dich!

Personalräte wachen darüber, dass die Rechte der Beschäftigten eingehalten werden und dass es im Dienst fair zugeht. Sie gehen Beschwerden nach und machen Druck, damit Missstände von der Dienststelle beseitigt werden.

Sie sind auch an fast allen persönlichen Entscheidungen beteiligt, wie z. B. Einstellung, Beförderung, Versetzung, Umsetzung. Auch bei der Arbeitsor-

ganisation bestimmt der Personalrat mit – von der Arbeitsplatzgestaltung bis zur Regelung der Arbeitszeit.

Starke Personalräte sorgen dafür, dass die Interessen der Beschäftigten nicht unter die Räder kommen. Sie stehen für Fairness, Transparenz, gegenseitige Wertschätzung und Mitbestimmung der Beschäftigten.

Gute Personalratsarbeit fällt nicht vom Himmel. Sie ist das Ergebnis engagierter und kompetenter Mitglieder im Personalrat. GdP-Personalräte haben eine starke Organisation im Rücken. Die GdP bereitet sie mit eigenen Schulungen intensiv auf ihre Arbeit vor und steht ihnen während ihrer gesamten Amtszeit mit Rat und Tat zur Seite.

Starke Personalräte brauchen ein starkes Mandat. Die Personalräte sind der einzige Teil der Dienststelle, in dem das Personal durch eine demokratische Entscheidung der Beschäftigten ausgewählt wird. Je stärker das Votum für den Personalrat ausfällt, desto stärker seine Position gegenüber der Dienststelle und desto besser kann er die Interessen der Beschäftigten vertreten. Deshalb ist eine hohe Wahlbeteiligung der beste Garant für einen starken Personalrat.

Darauf kommt es in den kommenden vier Jahren an

Die Personalräte der GdP stehen für eine professionelle Arbeit. Mit Herz und Verstand. Drei Ziele stehen für die Arbeit der Personalräte der GdP in den kommenden vier Jahren – so lange dauert die nächste Amtsperiode – im Vordergrund:

Freizeit entfällt

- Alle Beschäftigten bei der Polizei müssen auch weiterhin stolz auf ihre Arbeit sein können, weil sie in der Öffentlichkeit und durch ihren Dienstherrn Respekt und Anerkennung erfahren.
- Die Arbeitssituation bei der Polizei muss so verändert werden, das Wissen, Entwicklung und Vertrauen sowie gegenseitiges Kümmern wieder zu zentralen Faktoren für das persönliche Vorankommen bei der Polizei werden. Das reicht von der Durchsetzung der Mitbestimmungsrechte in allen Arbeitsbereichen der Polizei bis hin zur Schaffung realer Aufstiegschancen für alle Beschäftigten.
- Der Dienst bei der Polizei muss so organisiert werden, dass alle Beschäftigten am Ende ihres Arbeitslebens ohne massive gesundheitliche Beeinträchtigungen in Ruhestand gehen können. Dazu gehört der konsequente Schutz gegen die permanente Überlastung in vielen Arbeitsbereichen ebenso wie eine Arbeitszeitgestaltung, die Rücksicht auf die Gesundheit nimmt. Auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf gehören dazu.



Dafür stehen wir

Auf die Beschäftigten bei der Polizei kommen in den nächsten Jahren enorme Belastungen zu. Deshalb ist es wichtig, dass sie starke Personalräte haben, die ihnen zur Seite stehen und die Dinge zum Guten wenden. Denn nur starke Personalräte können auch etwas verändern. Deshalb tritt die GdP bei den Personalratswahlen vom 6. bis 9. Juni unter dem Motto an: „Wir schaffen das! Mit dir. Deine Gewerkschaft.“

Wir schaffen das!

Richtig. Die GdP schafft das. In den vergangenen vier Jahren haben wir viel durchgesetzt.

- Die Trendwende bei den Einstellungszahlen, an die außer der GdP vorher kaum jemand geglaubt hat. 2012 wurden wir von vielen belächelt, als wir mehr Personal für die Polizei gefordert haben. Jetzt werden 1920 Anwärterinnen und Anwärter eingestellt
- Die Rückkehr zum Grundsatz des Gleichklangs von Besoldungs- und Tarifierung, für die wir erfolgreich gestritten haben. 1:1 gilt wieder als Grundsatz.
- Die Politik hat lange an der Abkoppelung der Pensionäre von der Besoldungsentwicklung gearbeitet. Das haben wir erfolgreich verhindert. Genauso wie die von der Politik geplanten Einschnitte bei

der Zusatzversorgung für die Tarifbeschäftigten.

- Und nicht zuletzt: Die Wiederherstellung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage ab 2016 bedeutet ein echtes Plus für alle Pensionäre.

Mit Dir.

Erfolge fallen auch der GdP nicht in den Schoß. Sondern sie sind das Ergebnis langer, harter politischer Kämpfe. Ohne die nachhaltige Unterstützung und das große Engagement unserer Mitglieder hätten wir diese Erfolge nicht erzielt! Hunderte Aktive sind in den Kreisgruppen, auf der Bezirks- und der Landesebene politisch aktiv und engagieren sich ehrenamtlich für ihre Kolleginnen und Kollegen. Tausende unserer Mitglieder bringen sich im Rahmen von Aktionen der GdP und bei den Demonstrationen ein. Nur ge-

meinsam sind wir eine starke Gestaltungskraft, die Einfluss nehmen kann, wenn es um die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen, besserer Aufstiegsmöglichkeiten und einer fairen Bezahlung in der Polizei geht. Dazu gehörst auch Du!

Deine Gewerkschaft.

Wir sind für unsere Mitglieder da: Vor Ort und auf Landesebene und in (fast) allen Lebenslagen. Mit Professionalität und Herz. Das ist für uns selbstverständlich. Deine Gewerkschaft ist für dich da.

Wir sind keine unpersönliche Versicherung, sondern eine lebendige Organisation, die von ihren Mitgliedern gestaltet wird. Deine Gewerkschaft ist offen für deine Ideen und dein Engagement.

Personalratswahlen

06.–09. Juni 2016

**Wir schaffen
das! Mit Dir.
Deine Gewerkschaft.**

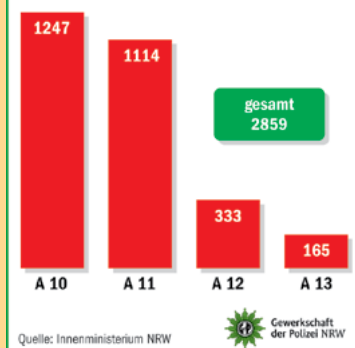


**Gewerkschaft
der Polizei NRW**



Knapp 3000 Beförderungen geplant

Beförderungsmöglichkeiten im gehobenen Dienst der Polizei in NRW 2016



In diesem Jahr können 2859 Polizistinnen und Polizisten in die Besoldungsgruppen A 10 bis A 13 befördert werden, 300 mehr als im vergangenen Jahr. Weil in den nächsten Jahren schrittweise immer mehr ältere Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand gehen, wird auch in den kommenden Jahren die Zahl der Beförderungen weiter steigen.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe ist der 4. Februar.

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: pinguin@gdp-reiseservice.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 5.2. Sigrid Schelberger, Hagen
- 7.2. Titus Juhnke, Hannover
- 11.2. Erika Heinrichs,
Mönchengladbach
- 14.2. Ferdinand Stemick, Düsseldorf
- 16.2. Helene Krieger, Essen
- 16.2. Ernst Paltian, Bochum
- 19.2. Waltraud Mühlbauer, Siegen
- 26.2. Heinz Pötter, Köln
- 27.2. Johann Jaskolla, Bottrop
- 28.2. Herbert Schmitz, Mechernich

91. Geburtstag

- 8.2. Hans Mai, Mönchengladbach
- 8.2. Gerda Meinel, Niederzier
- 9.2. Hildegard Vehlken, Dorsten
- 11.2. Christa Waldorf, Bonn
- 19.2. Brigitta Sennefelder, Aachen

92. Geburtstag

- 1.2. Edith Brakelmann, Kamen
- 6.2. Ruth Zimmer, Wuppertal
- 12.2. Adelheid Gresens, Bottrop
- 15.2. Sophie Hermann, Dortmund
- 27.2. Hildegard Unterfeld, Schwerte
- 28.2. Heinrich Kraemer, Essen

93. Geburtstag

- 13.2. Maria Vollmuth, Duisburg
- 26.2. Karl Langhorst, Schöppingen
- 27.2. Walter Dzubilla, Kaiserslautern

94. Geburtstag

- 4.2. Manfred Plass, Bielefeld
- 12.2. Gertrud Palka, Dortmund
- 22.2. Jakob Michels, Herne
- 23.2. Hedwig Lotzmann, Remscheid
- 27.2. Nikolaus Kirch, Aachen
- 28.2. Maria Arendt, Dahlem

95. Geburtstag

- 5.2. Theresia Quante, Paderborn
- 10.2. Lieselotte Müller, Dortmund
- 15.2. Maria Bergmann, Mettmann
- 20.2. Silvia Koebrügge, Billerbeck
- 24.2. Elisabeth Meister, Herten
- 26.2. Helga Geicht,
Colorado-Springs USA

96. Geburtstag

- 5.2. Wilhelmine Hänsdiecke,
Düsseldorf

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

„DU WIRBST“ – Winterspecial erfolgreich beendet

Die Polizei steht aktuell vor vielen bedeutenden Herausforderungen, die es zu meistern gilt. Betroffen ist davon jede einzelne Kollegin und jeder einzelne Kollege. Da ist es ein beruhigendes Gefühl, einen starken Partner wie die GdP an seiner Seite zu wissen. Einen Partner, der sich auch in schwierigen Zeiten mit aller Macht für die Interessen und Belange der Beschäftigten bei der Polizei einsetzt.

Damit die GdP auch in Zukunft eine wichtige politische Stimme ist, wenn es um Fragen der Inneren Sicherheit und um die Interessen der Beschäftigten bei der Polizei geht, ist eine starke Mitgliederbasis wichtig.

Daher gibt es die Werbeaktion „DU WIRBST“. Hier hat jeder, der für die GdP ein neues Mitglied wirbt, die Möglichkeit, an einer Verlosung teilzunehmen und den tollen Hauptpreis zu gewinnen. Denn Engagement soll sich lohnen.

Am 31. Dezember ist das „Winterspecial 2015“ der Aktion „DU WIRBST“ zu Ende gegangen. Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich daran beteiligt. Als Sieger ging dieses Mal Reinhard Flake aus der Kreisgruppe Recklinghausen hervor. Er hat als Gewinner die Qual der Wahl zwischen einem Weber Gasgrill Spirit E210 Classic oder einem Skiwochenende für zwei Personen.



Urlaub schon gebucht?

Noch nicht? Dann buchen Sie jetzt
Ihren Traumurlaub in dem Reisebüro,
in dem sich Ihre GdP-Mitgliedschaft
für Sie auszahlt!

Rufen Sie uns an.
Wir freuen uns auf Sie!



GdP Reiseservice
0211/29101 - 44/-45/-63/-64
www.gdp-reiseservice.de

pinguin@gdp-reiseservice.de
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf

GdP aktiv

2. 2., Jahreshauptversammlung mit Vorstellung der Wahlvorschlagsliste und Ehrung der Jubilare der Kreisgruppe Hamm, 16:00 Uhr, HSV Casino, Jürgen-Graef-Allee 19, 59065 Hamm

3. 2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Soest, 17:00 Uhr, Restaurant Ortwein, Bökenförder Straße 18, Lippstadt

16. 2., 11. BP-Fußballturnier, Cosmo Sports, Diepenstraße 83, 40625 Düs-

seldorf, Anmeldung erforderlich bei stefanie.bauer@gdp-nrw.de, 24. 2., Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 14:00 Uhr, ehemaliger Speisesaal der Liegenschaft, Norbertstraße 165, 45133 Essen

25. 2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bochum, 14:00 Uhr, Kunstmuseum Bochum, Kortumstraße 147, 44787 Bochum

Glücksnummern des Monats

45 101261
Uwe Walde, LZPD
45 101123
Peter Kohnert, Coesfeld
45 101259
Thomas Memmert,
Essen/Mülheim
45 101260
Martin Gerling, Köln

Die Gewinner erhalten eine GdP-Scheintasche „Safe“.

GdP – Immer in Aktion! Eventkalender 2016



Die GdP steht nicht nur für eine erfolgreiche und gute Interessensvertretung bei den Beschäftigten der Polizei, sondern sie bietet ihren Mitgliedern auch jedes Jahr ein umfangreiches Angebot an exklusiven Veranstaltungen und Events. Ob Sportevents wie der GdP-Schneetreff im Alpincenter Bottrop, das 4-Stunden-Kartrennen in Gevelsberg oder das beliebte Motorradtraining zum Start in die Saison. Gruselige Stunden mit dem Halloween-Horrorfest im Movie Park Germany oder eine spannende Weihnachtslesung mit den Krimi Cops. Für jeden ist etwas dabei. Der GdP-Familientag findet 2016 in Elspe bei den Karl-May-Festspielen statt. Zum tollen GdP-Vorteilspreis einen ganzen Tag mit der Familie und Freunden in die Welt von Winnetou eintauchen. Auch traditionelle Veranstaltungen wie das Landeskattturnier und das Landesbowlingturnier werden 2016 wieder stattfinden. Mehr Infos unter: stefanie.bauer@gdp-nrw.de

Senioren aktuell

Kreisgruppe Coesfeld

24. Februar, 14:30 Uhr, DRK-Heim, August-Schlüter-Straße 32 (neben der Feuerwehr), 48249 Dülmen, Polizeidirektor Peter Schwab stellt sich vor, anschließend Dia-Vortrag über die Aktionen der Seniorengruppe ab 2006.

Kreisgruppe Köln und Regio Köln

18. Februar, 14:00 Uhr, Informationstreffen, Pfarrsaal St. Georg, Georgstraße 2-4/Ecke Waidmarkt, 50676 Köln, das gemeinsame Kennenlernen nach der Fusion. Partner und Angehörige sind ebenfalls eingeladen. Telefon 02 21/2 29-20 81, E-Mail: senioren@gdp-koeln.de.

Kreisgruppe Unna

24. Februar, 15:00 Uhr, Lindebrauerei, Massener Straße 33, 59423 Unna, Besichtigung der Lichtkunst, ein Kostenbeitrag von 3,00 Euro wird erhoben.

NACHRUFE

Hildegard Beaujean	09.01.26	Aachen	Werner Krömke	13.03.28	Gütersloh
Marlene Kätker	29.05.33	Aachen	Sigrid Wittke	22.01.28	Gütersloh
Gerhard Hofmarksrichter	24.12.48	Autobahnpolizei Münster	Eva Hengsten	17.08.34	Kleve
Rainer Schiewe	05.04.49	Bergisches Land	Norbert Büchner	12.05.57	Krefeld
Ruth Speckenbach	19.09.35	Bergisches Land	Ruth Schauerte	19.02.28	Märkischer Kreis
Erna Steeger	07.03.23	Bielefeld	Peter Schmidt	13.12.49	Mettmann
Horst Hann	02.07.24	Bonn	Horst Rathert	18.02.39	Minden-Lübbecke
Franz Kleine-Wilde	27.05.26	Bottrop/Gladbeck	Hans Stein	20.01.20	Mönchengladbach
Bernhard Bachmann	24.04.51	Coesfeld	Ilse Pohl	06.02.25	Oberbergischer Kreis
Uwe Maier	08.01.58	Dortmund	Karlheinz Krüger	08.07.33	Olpe
Wilma Birkemeyer	29.07.15	Essen/Mülheim	Josef Hoetger	02.10.41	Paderborn
Heinz-Bernd Brandt	29.09.45	Essen/Mülheim	Benno Matuszak	20.05.32	Recklinghausen
Alexander Knebel	19.04.29	Essen/Mülheim	Joachim Paschke	11.08.36	Steinfurt
Rolf Buer	04.10.39	Gütersloh	Hans Schneider	10.02.38	Warendorf

